

NIEDERSCHRIFT
ÜBER DIE 15. SITZUNG DES KREISTAGS DES RHEIN-LAHN-KREISES
IN DER 9. WAHLPERIODE AM 10. DEZEMBER 2012
IN BAD EMS

Es sind anwesend:

A. Vorsitzender:

Herr Landrat Günter Kern

B. Kreisbeigeordnete:

Frau Erste Kreisbeigeordnete Gisela Bertram	Nievern
Herr Kreisbeigeordneter Helmut Klöckner	Winden
Herr Kreisbeigeordneter Horst Gerheim	Obernhof

C. Mitglieder des Kreistages:

Frau Monika Becker	Winden
Herr Klaus Bingel	Holzhausen
Herr Matthias Boller	Lahnstein
Herr Karl Peter Bruch	Nastätten
Herr Dieter Clasen	Weisel (<i>bis Ende TOP 3</i>)
Herr Bernhard Didinger	Osterspai
Herr Christoph Ferdinand	Lahnstein
Herr Manfred Friesenhahn	Weisel
Herr Raimund Friesenhahn	Dahlheim
Frau Erika Fritsche	Winden
Herr Lars Gemmer	Kördorf
Herr Carsten Göller	Nochern
Herr Günter Groß	Lahnstein
Herr Werner Groß	Lahnstein
Herr Bernd Hartmann	Gemmerich
Herr Karl Werner Jüngst	Niederneisen
Herr Heinz Keul	Fachbach
Herr Horst Klöppel	Katzenelnbogen
Herr Werner Konrad	Lahnstein
Herr Hans-Josef Kring	Lykershausen
Herr Peter Labonte	Lahnstein
Herr Matthias Lammert	Diez

Frau Gabriele Laschet-Einig	Lahnstein
Herr Johannes Lauer	Lahnstein
Herr Ulrich Lenz	Katzenelnbogen
Herr Jürgen Linkenbach	Dausenau (<i>bis Ende TOP 3</i>)
Herr Dietmar Meffert	Diez
Herr Leo Neydek	Kemmenau
Herr Josef Oster	Bad Ems
Herr Ernst-Georg Peiter	Miehlen
Herr Frank Puchtler	Oberneisen
Herr Udo Rau	Nassau
Herr Peter Schleenbecker	Katzenelnbogen
Herr Ralph Schleimer	Holzhausen
Herr Michael Schnatz	Diez
Herr David Schneider	Kestert
Herr Heinz Scholl	Braubach
Frau Nuriye Soyudogan	Katzenelnbogen
Frau Gertrude Stoy-Niel	Kestert
Herr Birk Utermark	Bad Ems
Frau Irmtraud Wahlers	Fachbach
Herr Mike Weiland	Kamp-Bornhofen
Herr Emil Werner	Nastätten
Frau Heike Winter	Miehlen
Herr Edi Wolf	Lahnstein
Frau Rita Wolf	Braubach

D. Es fehlen: ./.

E. Von der Verwaltung:

Frau Büroleiterin Ute Hahn
Herr stellvertr. Büroleiter Friedhelm Rücker
Herr Geschäftsbereichsleiter Hans-Ulrich Schöberl
Herr Abteilungsleiter Bernd Menche
Herr Abteilungsleiter Jürgen Nickel
Herr Abteilungsleiter Markus Feigk
Herr Abteilungsleiter Bernd Dietrich
Herr Abteilungsleiter Reinhard Labonte
Herr 1. Werkleiter Werner Haupt
Herr Werkleiter Günter Müller
Frau Inge Schwantuschke
Frau Personalratsvorsitzende Monique Menzel

Frau Severin Holl, Abt. 9
Frau Theres Clos, Abt. 9
Herr Uwe Gilberg-Rindsfüßer, Pressereferent

F. Schriftführer:

Herr Holger Thielmann

G. Gäste:

Herr Dieter Ries, ehem. Kämmerer der Kreisverwaltung
Herr Egenolf, Rhein-Lahn-Zeitung,
Herr Partrick Herrgen, Auszubildender der Kreisverwaltung Rhein-Lahn,
versch. Bürgerinnen und Bürger

Der **Vorsitzende** eröffnet die öffentliche Sitzung des Kreistags um 16.35 Uhr und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Gegen die mit Schreiben vom 28. November 2012 vorgelegte Tagesordnung der öffentlichen Kreistagssitzung werden *keine* Änderungswünsche vorgetragen bzw. Einwendungen erhoben, so dass diese wie folgt einstimmig beschlossen wird:

1. Genehmigung der Niederschrift
2. Nachwahlen in Ausschüsse und Gremien des Kreistages
3. Haushalt des Rhein-Lahn-Kreises;
 - a) Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan des Rhein-Lahn-Kreises für das Haushaltsjahr 2013 (inkl. Anlagen)
 - b) Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2013 für das Forsteinrichtungswerk Abfallentsorgung (Forstwirtschaftsplan 2013)
 - c) Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebs Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft
4. Beteiligung des Rhein-Lahn-Kreises;
Hallenbad Diez-Limburg GmbH – Sanierung des Oranienbades
5. Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und -mitglieder
6. Einwohnerfragestunde
7. Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

Öffentliche Sitzung:

Punkt 1:

Genehmigung der Niederschrift

Gegen die allen Mitgliedern des Kreistags vorgelegte Niederschrift über die 14. Sitzung des Kreistags in der 9. Wahlperiode am 15. Oktober 2012 werden *keine* Änderungswünsche vorgetragen bzw. Einwendungen erhoben, so dass die Niederschrift einstimmig genehmigt wird.

Punkt 2:

Nachwahlen in Ausschüsse und Gremien des Kreistages

Der **Vorsitzende** erläutert die Vorlage.

Gemäß § 33 Absatz 5 LKO beschließt der Kreistag zunächst einstimmig die Durchführung der Nachwahlen offen per Handzeichen.

Der Kreistag wählt anschließend einstimmig die von der vorschlagsberechtigten Kreistagsfraktion FWG vorgeschlagene **Frau Karin Wexler, Herold** in den Schulträgersausschuss.

Punkt 3:

Haushalt des Rhein-Lahn-Kreises;

- a) Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan des Rhein-Lahn-Kreises für das Haushaltsjahr 2013 (inkl. Anlagen)
- b) Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2013 für das Forsteinrichtungswerk Abfallentsorgung (Forstwirtschaftsplan 2013)
- c) Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebs Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft

Es folgt die Rede zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 des **Vorsitzenden** (Anlage 1).

Anschließend folgt der Redebeitrag zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan für das Jahr 2013 vom Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion, Herrn **Puchtler**. Herr Puchtler

richtet seinen Blick zunächst auf die Staatsfinanzen im Allgemeinen und weist beispielhaft auf den Rheingau-Taunus-Kreis mit 600 Mio. € Defizit bzw. das Land Rheinland-Pfalz mit einer Mrd. Euro strukturellem Defizit pro Jahr hin. Ebenso werde der Bund – trotz hoher Steuereinnahmen – im kommenden Jahr über 17 Mrd. Euro an Neuverschuldung ausweisen. Insgesamt 2 Bill. Euro Defizit in den öffentlichen Haushalten zeigten, dass die öffentliche Hand seit Jahrzehnten mehr ausgabe, als Einnahmen zu verzeichnen seien. Grund hierfür seien die enormen Ausgaben für öffentliche Dienstleistungen, die Ansprüche an gute Schulen, Kindertagesstätten und Straßen. Veränderungen müssten – was beispielsweise vom Landrat verstärkt immer wieder angesprochen werde – durch den Abbau von Standards sowie die Verlagerung von Aufgaben auf andere Zuständigkeitsebenen herbeigeführt werden. Zudem müsse man die Einnahmenseite betrachten und schauen wer die sprichwörtlich „stärkeren Schultern“ habe, um eine bestimmte Aufgabe wahrnehmen und auch finanzieren zu können.

In diesem Zusammenhang kritisiert er, dass nicht alle Bürger, die auf der einen Seite alle öffentlichen Dienstleistungen und Einrichtungen nutzen und in Anspruch nehmen, auf der anderen Seite ihr Einkommen hier ordnungsgemäß versteuern würden. Die Diskussionen um die Verwertung von Steuer-CD's zeige, welches finanzielle Potential sich dahinter verberge.

Auf die kommunale Ebene bzw. den Rhein-Lahn-Kreis bezogen macht er deutlich, dass mit dem Blick auf Bund und Land nicht alle Veränderungsmöglichkeiten hinsichtlich der Verbesserung der Finanzlage ausgeschöpft seien. Zunächst müssten nämlich auch immer die eigenen Einnahmemöglichkeiten betrachtet werden. Hierzu gehöre für die Landkreise auch die Kreisumlage. Er macht deutlich, dass die Entscheidungen hinsichtlich der Verwendung der dem Kreis zur Verfügung stehenden Mittel hier in diesem Kreistag zu treffen seien. Daher müssten sich auch alle Mitglieder des Kreistages darüber bewusst sein, die Entscheidung für wichtige Infrastrukturentscheidungen – wie etwa im Straßenbau, für Bildung und Kindertagesstätten – in der Hand zu haben. Natürlich liege es auch in der Verantwortung der zuständigen Gremien, die Standards hierfür zu diskutieren und auf den Prüfstand zu stellen. Letztlich liege die Verwendung der Mittel aber in der Verantwortung des Kreistages.

Er verdeutlicht, dass natürlich jeder Prozentpunkt Kreisumlageerhöhung den kreisangehörigen Gemeinden weh tue und verdeutlicht das am Beispiel seiner Heimatgemeinde Oberneisen, die selbst mit einem Defizit in Höhe von 383 T€ zu kämpfen habe. Andererseits seien aber auch wichtige Infrastrukturmaßnahmen ohne Unterstützung des Rhein-Lahn-Kreises nicht denkbar. Daher müsse sich jeder bewusst sein, dass die Mittel der Kreisumlage immer wieder auch in Projekte und Einrichtungen vor Ort und in die Fläche zurückfließen würden. Andererseits drohe hinsichtlich wichtiger Maßnahmen ein Stillstand in der Fortentwicklung der Gemeinden, Verbandsgemeinden aber auch des Landkreises selbst. Das Hallenbad Diez-Limburg sei hierfür ein gutes Beispiel. Ohne diese Einrichtung, von vielen Kommunen mitfinanziert, wären Schulschwimmen und ein wichtiges Freizeitangebot nicht denkbar. Er appelliert daher an die Mitglieder des Kreistages, die gemeinsame

Verantwortung sowohl für die Beteiligung an den Kosten der Kreisumlage zu sehen und zu akzeptieren.

Er weist auf die geplante Neureglung des Finanzausgleiches in Rheinland-Pfalz hin. Diese eröffne neue Perspektiven für die Gestaltung der kommunalen Finanzen und zum gegebenen Zeitpunkt den Ausgleich der Haushalte aus eigener Kraft zu schaffen. Diese Aussicht dürfe aber nicht dazu führen, dass man die für 2013 notwendige Erhöhung der Kreisumlage ablehne und sich auf die Neuregelungen des Finanzausgleichs verlasse. Die Ausgabestruktur oder soziale Einrichtungen würden auch nicht hinsichtlich ihrer Verwirklichung auf den neuen Finanzausgleich warten.

Er gibt am Beispiel der Beteiligung des Rhein-Lahn-Kreises an sozialen Einrichtungen zu bedenken, dass damit auch Arbeitsplätze gesichert würden und die dort Beschäftigten wiederum das verdiente Geld in der Region ausgeben, was seinem Verständnis nach, einen positiven Effekt in der sogenannten Sozialbilanz mit sich bringe.

Er bedankt sich beim Landrat und der Verwaltung für die gute Arbeit im zurückliegenden Jahr bzw. für die Erstellung des vorliegenden Haushaltsplanentwurfes. Die Arbeit des Landrates zeige, dass man versuche – wo möglich und angebracht – zu sparen und auch in Einzelfällen, mit denen man auf die Verwaltungsleitung zukomme, kritisch die Notwendigkeit der angefragten Leistungen prüfe und – wenn nötig – auch ablehne.

Zum Wirtschaftsplan des Eigenbetrieb "Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft" führt Herr **Puchtler** aus, dass der Abschluss mit einem Plus von 500 T€ sehr positiv sei. Auch das sei Beleg für die gute Arbeit von Landrat und Werkleitung. Die Entscheidung zur Bereitstellung der Altpapier-Sammelbehälters sei eine gute Entscheidung gewesen. Das werde ihm auch immer wieder von Bürgerinnen und Bürgern in persönlichen Gesprächen bestätigt.

Er macht abschließend auf eine Rede von Herrn Manns vom Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz aufmerksam, in der er – trotz aller finanziellen Schwierigkeiten der rheinland-pfälzischen Kommunen – auf einen wichtigen Punkt hingewiesen habe: Ein Herauskommen aus der schweren Lage sei für die Kommunen nur in einem parteiübergreifenden Miteinander möglich. In diesem Sinne appelliert er an die Mitglieder des Kreistages, den Haushaltsplan 2013 einschließlich der notwendigen Kreisumlagerhöhung mitzutragen.

Anschließend folgt der Beitrag zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 vom Vorsitzenden der CDU-Kreistagsfraktion, Herrn **Lammert** (Anlage 2).

Anschließend folgt der Beitrag zum Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebs "Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft" von Herrn **Ferdinand** - CDU-Kreistagsfraktion (Anlage 3).

Anschließend folgt der Redebeitrag zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 vom Vorsitzenden der FWG-Kreistagsfraktion, Herrn **Hartmann** (Anlage 4).

Anschließend folgt der Beitrag zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 von der Vorsitzenden der FDP-Kreistagsfraktion, Frau **Becker**. Sie weist darauf hin, dass der für 2013 vorgelegte Haushaltsplan die finanziell schwierige Situation des Landkreises nicht verändere. Eine erhoffte Trendwende sei nicht eingetreten, trotz gestiegener Kreisumlageeinnahmen, der stärkeren Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Grundsicherung im Alter und der geplanten Kreisumlageerhöhung. Leider zwingt das nach wie vor hohe Defizit wiederum zu einer enormen Aufnahme von Krediten, was wiederum zu hohen Zinsbelastungen führe. Die Gründe für diese nach wie vor schwere Lage seien bekannt und nicht vom Rhein-Lahn-Kreis oder dem Landrat zu vertreten. Vielmehr müsse man gesetzgeberische Maßnahmen von Land und Bund als Ursache für die schlechte Finanzausstattung der Kommunen erkennen und diese für eine stärkere finanzielle Beteiligung gewinnen. Sie spricht den von der FDP-Kreistagsfraktion eingebrachten Antrag zur stärkeren Verpflichtung des Landes an Kosten des Landkreises vom 06.12.2012 an. Die darin aufgeführten Beispiele verdeutlichen, dass das Land sich nicht in der notwendigen Höhe an Ausgaben beteilige, die von ihm jedoch gesetzgeberisch veranlasst seien. In der Folge habe der Landkreis alleine daraus über 2 Mio. Defizit zu verzeichnen. Das müsse gegenüber der Landesregierung und dem Landtag stärker verdeutlicht werden.

Der Blick zu Land und Bund und die Forderung nach stärkerer finanzieller Beteiligung dieser Körperschaften könne aber nur ein Punkt auf dem Weg hin zu einer ausreichenden Finanzausstattung des Landkreises sein. Daneben gelte es aber auch die aktuell gegebenen finanzpolitischen Mittel zur bestmöglichen Ausstattung des Kreises umzusetzen. Dazu zähle auch die Kreisumlage, die in notwendiger und vertretbarer Weise ausgeschöpft werden müsse. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung um zwei Prozentpunkte sei gerechtfertigt und vertretbar. Insbesondere hohe Aufwendungen für die Einrichtung und Unterhaltung von Schulen, die in die Trägerschaft des Rhein-Lahn-Kreises übergegangen seien, verlangten eine Ausschöpfung aller Einnahmemöglichkeiten. Sie macht deutlich, dass es gerade bei gut ausgestatteten Schulen um Einrichtungen gehe, die den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Kommunen vor Ort zu gute kämen.

Zur Forderung der Kommunalaufsicht nach einer konsequenten Ausgabenbeschränkung und Einnahmenverwirklichung macht sie deutlich, dass bei einer entsprechenden Nichtbefolgung – einschließlich eines unveränderten Umlage-Hebesatzes – das Defizit von 8,4 auf 10,5 Mio. € Fehlbetrag ansteigen würde. In der Folge stünden noch höhere Kredit- und Zinsenbelastungen für die kommenden Haushalte im Raum.

Aus ihrer Sicht sei der Haushaltsplan 2013 solide und folgerichtig geplant. Dazu gehöre auch die Anhebung der Kreisumlage, ohne die der Landkreis sich für die kommenden Haushaltsjahre noch schlechter aufstellen würde. Sie bedankt sich für die gute Arbeit der

Verwaltung und des Landrates im vergangenen Jahr und kündigt für die FDP-Kreistagsfraktion die Zustimmung zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan 2013 an.

Anschließend folgt der Redebeitrag zum Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebs "Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft" von Herrn **Schleimer** - FDP-Kreistagsfraktion. Herr Schleimer macht auf die Bedeutung des Konzeptes der dezentralen Wertstoffentsorgung aufmerksam, die beispielsweise für den Grünschnitt im Rhein-Lahn-Kreis sehr gut organisiert und geregelt sei. Daher spricht er sich dafür aus, auf diesem Weg weiter zu gehen.

Die für 2013 geplante Bereitstellung einer Altpapiertonne werde von der breiten Bevölkerung begrüßt und sei ein weiterer Beitrag hin zu einem schlüssigen und guten Entsorgungskonzeptes im Rhein-Lahn-Kreis.

In 2012 seien viele Maßnahmen abgeschlossen worden. Dennoch zeige sich, dass im Bereich des Abfallwirtschaftsrechts immer viel Bewegung sei. Daraus resultierten immer wieder neue Herausforderungen, seien es technische Entwicklungen für den AWZ-Standort Singhofen oder rechtliche Anpassungen, die es in der Praxis umzusetzen gelte. Im Rhein-Lahn-Kreis sei man aber auf einem guten Weg, alle Herausforderungen bewältigen zu können. Er dankt der Werkleitung und dem Landrat sowie dem Werksausschuss für die gute Arbeit. Die FDP-Kreistagsfraktion werde dem Wirtschaftsplan und Forstwirtschaftsplan 2013 zustimmen.

Anschließend folgt die Rede zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 vom Vorsitzenden der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen, Herrn **Neydek** (Anlage 5).

Anschließend folgt der Beitrag zum Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebs "Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft" von Frau **Fritsche** – Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen. Sie kündigt die Zustimmung der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen zum Wirtschaftsplan und Forstwirtschaftsplan 2013 an. Sie hoffe, dass der geplante Jahresgewinn von 500 T€ auch Wirklichkeit werden, da für 2013 noch einige Unwägbarkeiten im Raum stünden. Dazu gehören ein großes Investitionsprogramm sowie die Bereitstellung der Altpapiertonne. In diesem Zusammenhang müsse man die Entwicklungen auf dem Altpapiermarkt im Auge behalten. Daher sieht sie, wie jedes Jahr, eine Diskussion hinsichtlich der Beibehaltung der Abfallgebühren auf den Kreis zukommen. Sie dankt dem Werksausschuss sowie der Werkleitung für die geleistete Arbeit.

Anschließend folgt die Rede zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 vom Vorsitzenden der Kreistagsfraktion DIE LINKE, Herrn **Lenz** (Anlage 6).

Anschließend folgt die Rede zum Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebs "Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft" von Herrn **Schneider** - Kreistagsfraktion DIE LINKE (Anlage 7).

Herr **Werner** macht angesichts der Diskussion um die Kreisumlagerenerhöhung auf die damit verbundenen Mehraufwendungen für die Stadt Nastätten aufmerksam. Nichts desto trotz habe man es geschafft, die Ausgaben- und Einnahmenseite in der Verbandsgemeinde ausgeglichen zu gestalten, was insbesondere der starken Wirtschaftsleistung und der guten unternehmerischen Strukturen in der Verbandsgemeinde Nastätten zu verdanken sei. Das Hallenbad Diez-Limburg sei ebenfalls Thema bei den Beratungen im Verbandsgemeinderat Nastätten gewesen. Er macht auf das Hallenbad in Nastätten aufmerksam, das allerdings mit einem viel geringeren Kostenaufwand saniert worden sei. Er gibt für Investitionsaufwendungen jedweder Art zu bedenken, dass sich diese nicht an „Wünschen“ orientieren dürften. Vielmehr gelte es neben Forderungen nach Verbesserungen in der Infrastruktur auch die dafür notwendigen Mittel bereitzustellen. Hierzu gehöre für den Rhein-Lahn-Kreis in der Hauptsache nun mal die Erhebung einer Kreisumlage, die je nach zu erwartenden Ausgabebelastungen auch angepasst werden müsse.

Der **Vorsitzende** bezieht sich auf das angesprochene Schreiben des Vorsitzenden der GStB-Kreisgruppe, Herrn Bürgermeister Klöckner und macht deutlich, dass man in der Argumentation, das und warum die Kommunen in der Verbandsgemeinde Diez nicht die Erhöhung der Kreisumlage mittragen, nicht berücksichtigt worden sei, welche Konsequenzen dies für Investitionen habe.

Zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft" macht er deutliche, dass man den Bürgerinnen und Bürgern keine falschen Hoffnungen auf absehbar niedrigere Abfallgebühren machen dürfe. Der Leistungskatalog im Bereich der Abfallwirtschaft werde permanent ausgebaut. Beispielhaft nennt er die Bereitstellung der Altpapier- tonne und das Konzept zur Entsorgung von Grünabfällen. Das erfordere eine ausreichende finanzielle Ausstattung des Eigenbetriebs durch die Gebühren der angeschlossenen Nutzer.

Der Kreistag beschließt mit 30 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 inkl. Anlagen auf der Grundlage des von Kreis- und Finanzausschuss beratenen Haushaltsplanentwurfs in der vorliegenden Fassung.

Der Kreistag stimmt dem Forstwirtschaftsplan des Forsteinrichtungswerkes „Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft“ für das Betriebsjahr 2013 in der vorliegenden Fassung einstimmig zu.

Ebenso stimmt der Kreistag dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft“ für das Betriebsjahr 2013 in der vorliegenden Fassung einstimmig zu.

Punkt 4:

Beteiligung des Rhein-Lahn-Kreises;

Hallenbad Diez-Limburg GmbH – Sanierung des Oranienbades

Der **Vorsitzende** erläutert die Vorlage der Verwaltung. Er erinnert an die Gasexplosion im Jahre 1981 in deren Folge schon erste Diskussionen in der Gesellschafterversammlung zur künftigen Ausrichtung des Hallenbades und der Beteiligung der einzelnen Gesellschafter entstanden seien. Nach Wiederaufnahme des Badbetriebes seien steigende Besucherzahlen zu verzeichnen gewesen.

Nunmehr stehe vor dem Hintergrund der veralteten Technik und des Nutzungsgrades des Hallenbades eine Generalsanierung an, die mit 4,8 Mio € kalkuliert werde. Die Sanierung solle – unter Beteiligung eines Landeszuschusses – in Höhe von 2,706 Mio. € durch Kredit finanziert werden. Er gibt die Beratungen in Kreisausschuss und Finanzausschuss wieder, bei denen stets die Notwendigkeit einer Beteiligung der Verbandsgemeinden Diez, Hahnstätten und Katzenelnbogen betont worden sei. Die Verbandsgemeinde Hahnstätten habe eine entsprechende Beteiligung in Form einer Bezuschussung des Schulschwimmens mit 2 Euro pro Schüler bereits signalisiert. Eine entsprechende Beschlusslage liege dem Verbandsgemeinderat für seine Sitzung am 13.12.2012 vor und der Verbandsgemeinderat Hahnstätten werde am heutigen Abend über einen entsprechenden Beteiligungsbeschluss entscheiden. Vor diesem Hintergrund schlage er vor, den Beschluss hinsichtlich der Sanierung des Hallenbades Diez-Limburg unter den Vorbehalt der Zustimmung der Verbandsgemeinderäte Diez und Katzenelnbogen zu stellen und macht einen entsprechenden Beschlussvorschlag.

Herr **Puchtler** bestätigt den dringenden Sanierungsbedarf für das Hallenbad. Er hebt positiv hervor, dass der Rhein-Lahn-Kreis als Gesellschafter in Form seiner finanziellen Beteiligung seiner Verantwortung gerecht würde. Er begrüßt die nach entsprechenden Gesprächen signalisierte Bereitschaft der drei genannten Verbandsgemeinden, sich an den Kosten ebenfalls zu beteiligen. Das sei ein gutes Beispiel für gute interkommunale Zusammenarbeit. Damit werde das Hallenbad als wichtige und überregional genutzte Einrichtung gestärkt.

Herr **Lammert** macht auf die nicht einfachen Diskussionen auf dem Weg hin zur Verwirklichung des Sanierungskonzeptes aufmerksam. Letztlich sei die Funktionalität und die Zukunftsfähigkeit des Hallenbades richtiger Maßstab für das Sanierungskonzept gewesen. Forderungen nach einem Wellness- oder Spaßbad seien nicht umsetzbar bzw. finanzierbar gewesen. Er gibt die mit der Sanierung verbundenen energetischen Sanierungsmaßnahmen zu bedenken. Die erfreulich starken Besuchszahlen hätten zu einer Senkung des Zuschussbedarfes geführt. Er begrüßt, dass sich sowohl die drei Verbandsgemeinden als auch das Land Hessen finanziell beteiligen. Lediglich das Land Rheinland-Pfalz müsse mit

seiner Förderzusage noch nachlegen. Er kündigt für die CDU-Kreistagsfraktion die mehrheitliche Zustimmung zum Sanierungskonzept an.

Herr **Hartmann** begrüßt die angekündigte Beteiligung der drei Verbandsgemeinden, mit der auch eine Teilentlastung für den Rhein-Lahn-Kreis einhergehe. Für die FWG-Kreistagsfraktion kündigt er an, dass diese einen positiven Sanierungsbeschluss nur mittrage, wenn sowohl alle drei Verbandsgemeinden als auch das Land Rheinland-Pfalz sich finanziell beteiligen würden. Er fragt nach den Folgen, sollte der Rhein-Lahn-Kreis seine Beteiligung ablehnen.

Der **Vorsitzende** erläutert hierzu, dass dann über die Gesellschafterstruktur zu beraten sei. Von Seiten des Landes sei signalisiert worden, den Antrag auf Förderung der Sanierung des Hallenbades zu prüfen. Jedoch sei gleichzeitig auf die Entscheidungskompetenz im Rahmen des Parlamentsvorbehalts durch den Landtag hingewiesen worden.

Frau **Becker** macht auf die Verantwortung des Rhein-Lahn-Kreises als Gesellschafter für die Bevölkerung und die Schüler aufmerksam, die mit der Sanierung und die Sicherstellung des Badbetriebes einhergehe. Auch die FDP sehe die Beteiligung aller drei Verbandsgemeinden als Zustimmungsvoraussetzung an. Sie begrüßt die Bemühungen, die der Landrat auf dem Weg hin zur Verwirklichung des Sanierungskonzeptes eingebracht habe.

Herr **Neydek** betont die Bedeutung des Hallenbads als Schulschwimmbad. Diese Funktion gelte es als Maßstab bei allen Sanierungs- und Unterhaltungsmaßnahmen im Auge zu behalten.

Herr **Lenz** begrüßt, dass aus dem Hallenbad kein Spaß- oder Wellnessbad werde.

Es folgt eine kurze Aussprache betreffend die Formulierung des Beschlusses unter dem Vorbehalt der Beteiligung der Verbandsgemeinden Diez, Hahnstätten und Katzenelnbogen.

Der Kreistag stimmt den nachfolgenden Beschlüssen jeweils bei 3 Gegenstimmen zu:

1. Der Kreistag stimmt der Sanierung und Modernisierung des Oranienbades Diez auf der Grundlage des Förderantrages vom 29.03.2012 vorbehaltlich der Zustimmung zur verbindlichen Beteiligung durch die Verbandsgemeinden Diez und Katzenelnbogen zu. Gleichzeitig fordert der Kreistag das Land Rheinland-Pfalz auf, die Generalsanierung zu bezuschussen.

2. Der Kreistag stimmt zur Finanzierung des Eigenanteils einer Kreditaufnahme durch die Hallenbad Diez-Limburg GmbH in Höhe von 3.400.000 € zu und erklärt gleichzeitig – unter Vorbehalt einer gesonderten Beschlussfassung und der Zustimmung durch die Aufsichtsbehörde – seine Bereitschaft, eine modifizierte Ausfallbürgschaft in Höhe von 850.000 € zu übernehmen.
3. Der Kreistag ermächtigt die in die Gesellschafterversammlung der Hallenbad Diez-Limburg GmbH entsandten Vertreter entsprechend der vorstehenden Beschlüsse abzustimmen.
4. Der Kreistag beauftragt den Landrat die Struktur der Finanzierung der Hallenbäder im Kreisausschuss zur Diskussion zu stellen.

Punkt 5:

Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und –mitglieder;

Antrag der FDP-Fraktion vom 06.12.2012 zur Entlastung des Haushaltes des Rhein-Lahn-Kreises von Verpflichtungen, die in der Verantwortung des Landes stehen

Frau **Becker** erläutert den Antrag der FDP-Kreistagsfraktion und macht nochmals auf die nachteiligen Folgen für die Kommunen und den Rhein-Lahn-Kreis aufmerksam, dass diese für die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben vom Land Rheinland-Pfalz nicht ausreichend finanziell ausgestattet würden.

Der Kreistag beschließt – nach kurzer Aussprache – einstimmig die Verwaltung zu beauftragen, sich dafür einzusetzen, dass das Land Rheinland-Pfalz, im Rahmen der anstehenden Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs, die Kommunen zur Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben, mit den Mitteln ausstattet, die ihnen von Seiten des Landes oder von Seiten des Bundes im Grundsatz zugesagt wurden.

Eine Reduzierung dieser Mittel wird für nicht gerechtfertigt erachtet, weshalb diese rückgängig gemacht werden muss.

Punkt 6:

Einwohnerfragestunde

Es liegen *keine* Einwohnerfragen vor.

Punkt 7:

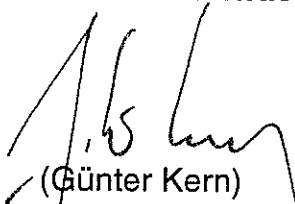
Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

Der **Vorsitzende** bedankt sich für die angeregten Diskussionen. Das zu Ende gehende Jahr 2012 habe wiederum eine Menge von Aufgaben, Problemen und Herausforderungen mit sich gebracht. Diese seien aber durch das konstruktive Miteinander der Beteiligten –so auch der Mitglieder des Kreistages und der Kreistagsfraktionen – gemeistert worden. Hierfür bedankt er sich.

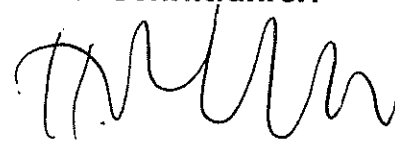
Er wünscht allen Anwesenden ein schönes und besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr 2013.

Nachdem sich kein weiterer Beratungsbedarf mehr ergibt, schließt der **Vorsitzende** die 15. Sitzung des Kreistags in der 9. Wahlperiode um 19.12 Uhr.

Der Vorsitzende:


(Günter Kern)
Landrat

Der Schriftführer:


(Holger Thielmann)

Anlagen: 7



Es gilt das gesprochene Wort!

Haushaltsrede von Herrn Landrat Günter Kern zum

Haushalt 2013 am 10.12.2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

meine verehrten Mitglieder des Kreistages,

alljährlich in der Adventszeit beginnt die Vorbereitung auf das Weihnachtsfest und den bevorstehenden Jahreswechsel. Es ist die Zeit der Besinnung, die Zeit sich an die christlichen Wurzeln zu erinnern, an Christi Geburt. Sie ist verbunden mit den religiösen Grundlagen, dem Glauben an Gott, aber auch an das Fundament, das unserem menschlichen Zusammenleben einen Rahmen für ein friedvolles, gemeinsames Miteinander gibt.

Dazu gehören Verständnis, Respekt, Toleranz und der Wille, Aufgaben, die der Lauf der Zeit mit sich bringt, so zu lösen, um eine Basis für eine Zukunft zu finden, die auch langfristig trägt.

Es ist aber auch die Zeit in den kommunalen Gremien den Rahmen für das nächste Jahr festzulegen, wie man all die Aufgaben angehen will, die durch Gesetz übertragen wurden oder durch eigenen Gestaltungswillen in das Handlungsprogramm

aufgenommen worden sind. Dies geschieht in den jährlichen Haushaltsberatungen, in dem die von Bund und Land übertragenen Aufgaben berücksichtigt sowie eigene Ziele und Projekte eingearbeitet werden, die vorgegebenen finanziellen Rahmenbedingungen dargestellt sind und die bekanntlich nur geringen Stellschrauben der Kommunen und hier insbesondere des Kreises unter möglichen Veränderungen aufgezeigt werden.

Das alles geschieht aber auch in einer Zeit, wo unser gesamtes Finanzsystem weltweit auf dem Prüfstand steht. Die Bewältigung der Eurokrise verlangt Anstrengungen in finanziellen Dimensionen die unvorstellbar sind und man stellt sich dabei zwangsläufig die Frage, wie können wir und insbesondere die nachfolgenden Generationen diese Belastungen tragen. Und das bei einem anderen hohen Ziel – bis 2020 die Vorgaben der Schuldenbremse zu erfüllen!?

Nun deuten die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen allerdings daraufhin, dass – so nachzulesen im Platow-Brief vom 26.11.2012 – die deutsche Wirtschaft besser ins Jahr 2013 starten wird, als von vielen Aguren befürchtet wurde. Getragen wurde diese Stimmungsaufhellung sowohl von einer verbesserten Einschätzung der aktuellen Lage als auch von positiveren Erwartungen über die wirtschaftliche Entwicklung in den kommenden sechs Monaten.

Dies ist laut der jüngsten Steuerschätzung verbunden mit einer erwarteten anhaltenden positiven Entwicklung der Steuereinnahmen. Bei den Gemeinden erwartet man in 2012 bundesweit ein Plus von 800 Mio. €. Für die Jahre 2013 – 2016 wird mit weiteren Zuwächsen gerechnet.

Und wenn dann noch mit Stolz darauf hingewiesen wird, dass es zurzeit die niedrigste Arbeitslosenquote und die höchste Zahl der sozialversicherten Arbeitsplätze gibt, die Wirtschaft so gut läuft, wie lange nicht mehr – ja, dann müsste man zum Ergebnis kommen, alles ist gut.

Und das ist es eben nicht, weil all diese positiven Eckpunkte auf der kommunalen Ebene nicht angekommen sind. Das sieht auch das Handelsblatt in seiner Ausgabe vom 2.11.2012 so. Es beschreibt die bundesweite Situation der Kommunen mit folgender Überschrift: „Griechenland im Kleinen“ und verweist auf eine Studie der Beratungsgesellschaft Ernst & Young die zum Ergebnis kommt: „Viele deutsche Kommunen sind de facto pleite.“

Ein Beispiel aus der Nachbarschaft in Hessen: Der Rheingau-Taunus-Kreis ist mit mehr als 600 Mio. € verschuldet!

Trotz Rekord Steuereinnahmen kann der bundesdeutsche Staat seine Ausgaben nicht durch die vorhandenen Einnahmen decken. Bund, Länder und Kommunen können die Finanzlücken nicht schließen. Ständig neue Kredite belasten die zu-

künftigen Haushalte. Auch der Steueraufwuchs der kommenden Jahre wird dieses Problem nicht alleine lösen können.

Wir müssen runter von den Standards in allen Bereichen. Wir müssen neu definieren, wie und in welchem neu angepassten Rahmen die Aufgaben bewältigt werden sollen. Dabei sind in erster Linie die Gesetzgeber gefordert und damit alle politischen Parteien, die Aufgaben auf die Einnahmeseite hin auszurichten und zu prüfen, was und in welcher Qualität können wir uns noch in der Zukunft leisten.

Ich denke, das hat die Politik auf allen Ebenen auch erkannt. Doch ist auch der Mut, die Bereitschaft zum Handeln vorhanden?

Der scheidende Euro-Gruppenchef Jean-Claude Juncker hat dazu folgendes formuliert:

„Jeder weiß, welche Reformen wir brauchen, aber niemand weiß, wie wir sie einführen und danach eine Wahl gewinnen können.“

Den Vorwurf, nichts gemacht zu haben, muss sich dieser Kreistag nicht ankreiden lassen. Vor etwa 4 Jahren haben sich der Kreis- und Finanzausschuss in mehreren Sitzungen mit möglichen Konsolidierungsmaßnahmen auseinandergesetzt und aus dem Haushalt ausgeräumt, was verantwortlich unter die Rubrik Einsparung zu subsumieren war. Die freiwilligen Leistungen liegen bei 1,3 % des Haushaltsvolumens und zieht man

hier die Kosten für die Kreisvolkshochschule, die Kreismusikschule und die Sportförderung für die Vereine ab, dann bleibt nicht mehr viel übrig. Und dennoch darf auch weiterhin die Bereitschaft nicht nachlassen auf der Aufwandsseite die Ansätze einer ständigen Konsolidierungsbetrachtung zu unterziehen. Den nächsten Schritt hierzu wird der Kreistag im kommenden Jahr zu entscheiden haben, wenn es um die Frage geht, wie stellen wir uns im Förderschulangebot im Rhein-Lahn-Kreis neu auf. Demographie und Inklusion haben dazu geführt, dass von der Schülerzahl her und den qualitativen Schulangeboten an den vier Standorten der Schulen für Lernbehinderte Handlungsbedarf besteht. Die Rückführung auf mindestens zwei Standorte scheint geboten und auch verantwortbar, genauso wie für den Förderschulstandort in Singhofen eine Lösung zu finden ist, die nicht in Zubauten münden kann.

Es wird nicht die letzte Frage zu beantworten sein, wie sich der Kreis unter veränderten Rahmenbedingungen für die Zukunft in vielen Bereichen neu aufstellt. Das ist auch der Grund für ein Kreisentwicklungskonzept, das sich in der Aufstellungsphase befindet. Darin müssen wir gemeinsam Ziele für die Zukunft formulieren, uns Gedanken darüber machen, was und wieviel wir uns unter einer sich veränderten Bevölkerungsstruktur und den vorhandenen finanziellen Rahmenbedingungen noch leisten wollen bzw. können.

Eines der wesentlichen Themen wird der öffentliche Personen-nahverkehr sein, der in der Fortschreibung des Nahverkehrskonzeptes für unseren Raum neu zu definieren ist.

Der vorliegende Haushaltsplan weist bei einem Gesamtaufwand von 153.656.507 € im Ergebnishaushalt ein Defizit von 8.398.868 € aus. Davon sind 71,4 % fest als Soziallasten gebunden. Nimmt man noch den Schuletat hinzu, dann sind es 78,64 % die den Ausgabenblock bestimmen.

Gerade in der Entwicklung der Sozialleistungen macht sich die ganze Ungleichbehandlung zu Lasten der Kreise deutlich.

Während in der Zeit von 2000 – 2010 die Sozialleistungen bei den Kreisen in Rheinland-Pfalz um 291 % angestiegen sind, macht die Mehrbelastung bei den kreisangehörigen Kommunen gerade mal 43 % aus. Eine adäquate Finanzausstattung hierzu ist allerdings ausgeblieben. Im Gegenteil, die Verteilung der Schlüsselmasse im Finanzausgleich des Landes hat sich seit 2011 zu Lasten der Kreise und zu Gunsten des kreisangehörigen Raumes verändert.

Bei den Soziallasten liegt die Gesetzgebungskompetenz bei Bund und Land, die Ausführung bei den Kommunen. Wenn Regelsatzänderungen beschlossen werden, dann landen die Kosten in der kommunalen Familie. Die Lösung kann hierzu nur

sein, dass die staatlichen Kostenveranlasser ihren Beitrag leisten. Dies nicht über den Finanzausgleich, sondern über eine unmittelbare Beteiligung. Schon in 1988 hat die damalige sogenannte Albrecht-Initiative (Ministerpräsident von Niedersachsen) gefordert, dass vom Bund die hälftige Finanzierung der kommunalen Soziallasten erfolgen muss. Es hat lange gedauert bis der erste Schritt mit der Finanzierung der Grundsicherung gemacht wurde. Der zweite Schritt mit der Beteiligung an der Eingliederungshilfe muss folgen, da die verfassungsrechtlich geforderte Neuaufstellung des Finanzausgleiches in Rheinland-Pfalz zum Jahr 2014 die strukturelle Finanzlücke von 900 Mio. € nicht alleine schließen kann.

Der Verfassungsgerichtshof hat in seinem Urteil vom 14.2.2012 das Land in die Pflicht genommen die Finanzausstattung der Kommunen effektiv und nachhaltig deutlich zu verbessern. Es sieht das Land in der Hauptverantwortung für einen spürbaren Beitrag zur Bewältigung der kommunalen Finanzkrise. Neben zusätzlichen Finanzmitteln fordert das Gericht aber auch eine Entlastung der Kommunen durch Aufgabenrückführung und Standardabbau. Es fordert aber zugleich zu Eigenanstrengungen der Kommunen auf und hat dabei eigene Steueranstrengungen im Blick.

Der Kreis steht dabei voll zwischen den Linien. Zwischen Bund und Land als Gesetzgeber – insbesondere bei den Soziallasten

– und das ohne Durchfinanzierung und den kreisangehörigen Kommunen, da neben der Jagdsteuer die einzig wesentlich zugeteilte große Einnahmemöglichkeit die Kreisumlage ist.

Die Aufwendungen der sozialen Leistungen steigen um 2,1 Mio. €, die wirtschaftliche Jugendhilfe sieht ein Plus von 537 T€ vor, bei den Kindertagesstätten sind Mehrausgaben von 1,67 Mio. € zu erwarten und im Schulbereich, wo Kostenbelastungen von den Verbandsgemeinden auf den Kreis durch die Schulstrukturreform übergegangen sind, ist ein höherer Zuschussbedarf von 1,1 Mio. € eingeplant.

Und die Forderungen lassen nicht nach. Weitere Kindertagesstättengruppen werden von den kreisangehörigen Kommunen eingefordert, mehr Personalfreistellung soll der Kreis bewilligen, die Beteiligung an einer Millionensanierung eines Hallenbades wird als Selbstverständlichkeit betrachtet. Noch mehr Veränderungen an den Schulstandorten wie z.B. Einzäunungen stehen auf der Wunschliste, wie auch die Forderung nach Zuschüssen für Sportanlagen der örtlichen Vereine oder verbesserter technischer Ausstattung in den Sporthallen des Kreises für den Vereinssport. Noch mehr ÖPNV, noch mehr Schulsozialarbeit, Beibehaltung und Ausbau von Organisationsstrukturen, mehr Kreisstraßenausbau, insbesondere in den Ortsdurchfahrten, mehr Radwege, all das ist nur machbar, wenn die

Finanzierung dieser Forderungen auch auf alle Schultern verteilt werden.

Und auch gerade aus diesen ständig an den Kreis herangetretenen Ansprüchen sieht dieser Plan eine Erhöhung der Umlage um 2 % vor. Neben diesem Grund ist es auch die vom Verfassungsgerichtshof geforderte Eigenanstrengung der Kommunen an der Schließung der Finanzlücke. Und der Blick in den Finanzhaushalt zeigt auf, dass durch den genannten dreier Schritt zu Schließung der Finanzlücke – Bund, Land, Kommunen – mit einer verbesserten Finanzausstattung des Landes wir nahe an das Ziel herankommen die Aufnahme von Liquiditätskrediten zu vermeiden. Mit der Kreisumlageerhöhung haben wir dann unser Soll erfüllt – Land und Bund müssen nun folgen.

Sie müssen folgen, denn für das Jahr 2013 würde sich mit dem geplanten Jahresdefizit ein Volumen an Liquiditätskrediten in Höhe von 76,97 Mio. € ergeben. Steigende Liquiditätsbelastung und steigende Zinsen in der Zukunft würden den Kreis in unvorstellbare weitere höhere Verschuldung treiben.

Dass der Kreis in unterschiedlichen Bereichen noch weiter entwickelt werden muss, dass zeigen die Investitionen auf, die auf das notwendigste Maß begrenzt sind. Nach Millioneninvestitionen der vergangenen Jahre in die Schulstandorte liegt die

Zielrichtung neben der Erfüllung erforderlicher Aufgaben auf Schuldenabbau. Wir müssen runter von den Investitionskrediten in Höhe von 48,86 Mio. € und der erste Schritt ist auch hier für das Jahr 2013 geplant. Zwar gering, aber mit einer Reduzierung um 37.547 € beginnt die geplante Rückführung, die sich in den Folgejahren in größeren Schritten vollziehen wird.

Die größte Summe der geplanten Investitionen in Höhe von 5.958.653 € fällt beim Kreisstraßenbau an. 3.620.000 € sind hier eingeplant. 931.738 € entfallen noch auf Schulbaumaßnahmen. 579.500 € sind im Rettungswesen, Gefahrenabwehr und Katastrophenschutz vorgesehen. Unter anderem 170.000 € für die Rettungswache Braubach und 132.500 € für die Rettungswache St. Goarshausen. Für zusätzliche Kindertagesstättengruppen sind Investitionszuschüsse in Höhe von 249.555 € geplant sowie 84.000 € für Zuschüsse an Sportvereine für Investitionen.

Alles ein Beleg dafür, dass Mittel von der Kreisumlage wieder unmittelbar in die kreisangehörigen Kommunen zurückfließen. Zur Stärkung der dortigen Struktur, zur Verbesserung des Wohn- und Lebensumfeldes, aber insbesondere zum Wohl und Nutzen unser aller Bürgerinnen und Bürgern.

Ja, es sind schwierige Zeiten und ja, es ist nicht einfach die vielen Aufgaben, die ein Kreis zu erfüllen hat, so zu erfüllen, dass alle zufrieden sind. In schwierigen Zeiten ist es wichtig zusammen zu stehen und die Lasten auf vielen Schultern zu tragen.

So ist dieser Haushalt aufgebaut.

Ich habe mir erspart auf Zahlen und Details einzugehen. Der Leiter der Finanzabteilung Bernd Menche hat mit seinem Team wie immer alles sehr nachvollziehbar im Vorbericht dargestellt. In zwei gemeinsamen Sitzungen von Kreis- und Finanzausschuss ist die Haushaltssatzung, der Haushaltsplan mit allen Anlagen ausgiebig erörtert worden. Änderungsvorschläge wurden von den Fraktionen keine eingebracht.

So liegt Ihnen heute dieser Entwurf vor mit der Bitte um Zustimmung, um in 2013 auch handlungsfähig sein zu können.



Es gilt das gesprochene Wort!

Rede von Herrn Landrat Günter Kern zum

Wirtschaftsplan Abfallwirtschaft 2013

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft ist im Grunde nach unspektakulär. Die gute Botschaft ist, dass ein Jahresgewinn in Höhe von 500.536 € ausgewiesen ist.

Mit dem Blick zurück ist festzustellen, dass durch Neuausschreibung der Dienstleistungen und Umstrukturierung einzelner Maßnahmen der Jahresverlust des Jahres 2010 in Höhe von 2,735 Mio. € durch die erwarteten Überschüsse in 2011 und 2012 völlig zum 31.12.2012 kompensiert sein wird.

Die weitere gute Nachricht ist, dass die vom Kreistag am 6.9.2010 beschlossenen Gebührentarife unverändert bleiben und auch ein Stück in die Zukunft tragen.

Die Erträge und Aufwendungen sind den aktuellen Entwicklungen angepasst. Detailerläuterungen hierzu finden sie in dem Erläuterungsbericht der Werkleitung.

Geprägt ist der Wirtschaftsplan durch die für 2013 beschlossene Einführung der Altpapiersammelbehälter. Die Umstellung von der Bündelsammlung auf die Behältersammlung lässt den uneingeschränkten Zugriff des Eigenbetriebes auf das Aufkom-

men des Altpapiers im Rhein-Lahn-Kreis im Hinblick auf private Wettbewerber zu. Darüber hinaus ist ein höheres Altpapiersammelergebnis zu erwarten. Aufwand und Erträge sind im Plan entsprechend angepasst, wie auch die Beschaffung der neuen Abfallgefäße im Vermögensplan.

Angepackt ist auch die Optimierung der Grünabfallsammlung. Mit etwa 10 dezentralen Annahmestellen in ausgewählten Städten und Gemeinden im Rhein-Lahn-Kreis befinden wir uns in einer Erprobungsphase. Aus den Erkenntnissen hieraus sollen Entscheidungen für den Ausbau weiterer örtlicher Annahmestellen getroffen werden.

Von Bedeutung ist auch die Weiterentwicklung des Anlagenbetriebes am Standort in Singhofen. Hierzu ist eine Studie in Auftrag gegeben worden, die in Kürze vorgestellt wird. Aus den Erkenntnissen hieraus sind weitergehende Entscheidungen zu treffen.

Unter der Maßgabe der sich veränderten Abfallwirtschaft steht auch die 4. Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes des Kreises. Der Auftrag an ein Fachbüro ist ergangen und die erste Sitzung einer eingerichteten Arbeitsgruppe mit Vertretern aller Fraktionen ist bereits erfolgt. Die im Konzept festzulegenden Ziele, die Ausrichtung der Abfallwirtschaft im Kreis auf die künftigen Jahre, werden im Juni 2013, so sieht es der Zeitplan vor, dem Kreistag zur Beschlusslage vorgestellt.

Der Blick in die wirtschaftliche Zukunft des Eigenbetriebes ist im Finanzplan dargestellt. Das sieht zunächst freundlich aus, da bis einschließlich 2016 bei gleichbleibender Gebührenstruktur Gewinne ausgewiesen werden können, zwar unter dem zu erwartenden Jahresgewinn 2013, dennoch in 6-stelliger Höhe.

Aber im Jahr 2017 laufen Verträge mit Partnerkommunen aus, die einen Deckungsbeitrag für das Abfallwirtschaftszentrum erbringen. Dies würde ohne Gegensteuern zu negativen Jahresergebnissen führen.

Handlungsbedarf besteht auch für die Zukunft zu genüge.

Dies vollzieht sich in der gewohnten zuverlässigen und soliden Arbeit der Werkleitung, von Herrn Haupt und Herrn Müller, sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Eigenbetrieb.

Der Wirtschaftsplan 2013 steht auf soliden Beinen, so dass ich auch hier um Ihre Zustimmung bitte.



Haushaltsrede des CDU Fraktionsvorsitzenden Matthias Lammert, MdL zum
Kreishaushalt 2013 am 10. Dezember 2012

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

jedes Jahr der gleiche Vorgang...der Haushalt wird beraten und diskutiert.
Jedes Jahr versuchen wir die Zahlen zu deuten und zu analysieren und jedes Jahr
müssen wir im Grunde nüchtern feststellen, dass wir als Rhein-Lahn-Kreis wenig
Spielraum und kaum Möglichkeiten einer Veränderung haben.

Das Haushaltsdefizit steigt weiter rasant an und erlangt nach wie vor
schwindelerregende Höhen.
Ein wirkliches Ende der jährlichen Fehlbeträge ist leider nicht absehbar.

Mit im Haushalt fast 8,4 Millionen Euro Jahresfehlbedarf (inklusive der angedachten
2%igen Umlagenerhöhung) sind wir erneut in eine Größenordnung geraten, die wir
als Rhein-Lahn-Kreis nicht alleine stemmen können.
Und das obwohl die Umlage zusätzlich 5 Millionen mehr einbringt, ohne 2%ige
Erhöhung auch schon 3 Millionen.
Zur Umlage komme ich später noch.

Aber die Vorausschau sieht weitere Haushaltsfehlbeträge in den kommenden
Jahren:

Die Berechnungen für die nächsten Haushaltsfehlbeträge in den Jahren 2014 - 2016
sehen zusammen einen Fehlbetrag von insgesamt rund 23 Millionen Euro vor.

Der Schuldenstand beträgt Ende 2012 mit den Liquiditätskrediten und den
Investitionskrediten rund 126 Millionen Euro.

Im Jahr 2016 geht der Finanzplan von einer Gesamtverschuldung von
unvorstellbaren 135 Millionen Euro aus.

Der Kreishaushalt ist damit mehr als desaströs zu bezeichnen und wir können darauf
nur noch mit gemeinsamer Ratlosigkeit reagieren.

Und das nicht erst seit diesem Jahr!

In der freien Wirtschaft müssten wir die Insolvenz **für den Rhein-Lahn-Kreis
beantragen und einen Insolvenzverwalter einsetzen.**

(Wir können froh sein, dass wir **keine GmbH in der Eifel** sind, dann wäre so ein
Schritt nicht unrealistisch – so werden wir unsere Schulden weiter verwalten
müssen).

Dieses finanzielle Problem ist jedoch nicht durch den Kreis verschuldet, sondern ist
maßgeblich fremdbestimmt und ein seit Jahren vieldiskutiertes strukturelles
Finanzproblem.

Ich möchte nicht nochmals alle Zahlen nennen, der Landrat hat diese bereits in seiner Rede vorgestellt – zudem werden die Zahlen durch mehrmaliges Wiederholen leider auch nicht besser.

Die Ursachen für unsere finanzielle Situation sind vielfältig und insbesondere in einem permanent steigenden Sozialhaushalt (Teilhaushalt 6 und 7) zu suchen, allein dieser macht weit über 70 % der Aufwendungen im Gesamthaushalt aus: Hohe Zusatzbelastungen unseres Kreises durch Anstieg bei den sozialen Sicherungen, der wirtschaftlichen Jugendhilfe, der Eingliederungshilfe, der Umsetzung von Hartz IV usw.

Die Belastungen bei der wirtschaftlichen Jugendhilfe entstehen auch dadurch, dass das Land Rheinland-Pfalz den Zuschussbedarf von 25 % auf heute knapp 14 % abgesenkt hat.

Wichtige Gelder die uns hier fehlen – die FDP hat hierzu einen Antrag gestellt – diesen begrüßen wir.

Und dies obwohl sich der **Bund an den Kosten** bei der Grundsicherung im Alter jetzt mit 75 % (1,5 Millionen Euro mehr im Kreishaushalt 2013) beteiligt, ab 2014 zu 100% !!

Die Ursachen liegen auch in den steigenden Zinsaufwendungen **und dies nach wie vor bei derzeit sehr niedrigen Zinsen.**

Wir dürfen uns gar nicht ausmalen, wenn das Zinsniveau wieder ansteigt!

Zudem möchte ich noch die Mehrbelastungen durch den Wegfall der Elternbeiträge bei den Kindergärten, ohne ausreichende Kompensation, sogar sinkende Kompensation, durch das Land erwähnen und die Mehrbelastungen durch das Schulstrukturgesetz.

Ebenfalls kommen Mehrkosten für die auf Landesebene beschlossene kostenlose Schülerbeförderung hinzu.

Hier hätte das Land eine gesetzliche Regelung auf Ausgleich zwischen den Schulträgern aufnehmen müssen.

Die Übernahme der Schulträgerschaft von einer VG auf den Kreis ist geregelt, die Kostenfrage ist aber nicht gesetzlich geregelt worden.

(Nach wie vor haben nämlich auch einige VG's bei uns die Kosten von weiterführenden Schulen zu tragen, Bad Ems, Hahnstätten und Loreley.)

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei machen **Ausgaben** können wir auch nicht sparen, da diese Investitionen unabdingbar sind für eine künftige positive Entwicklung.

Dazu gehören z.B. Bildungsausgaben im Schulbereich und den Kindertagesstätten. Hier haben wir als verantwortungsbewusste Entscheider keinen Spielraum, die Investitionen in diesem Bereich zu kürzen.

Erfreulicherweise haben uns hier die Mittel aus dem Konjunkturpaket II, mit einem nicht unbeträchtlichen Teil an Bundesmitteln für diese Aufgaben geholfen.

Der Haushalt sehe ansonsten sicherlich noch schlechter aus.

Das gleiche gilt für das Kreisstraßenbauprogramm, wobei auch hier schon nur die unbedingt notwendigsten Ausgaben erfolgen und ein Investitionsstau besteht, der nur langsam abgearbeitet werden kann.

(letztes Jahr hatte ich auf die Prognos-Studie Zukunftsatlas verwiesen - unter allen Landkreisen und Städten, Rhein-Lahn-Kreis Platz 304 Kategorie Zukunftsrisiken – wir brauchen Investitionen – jetzt Kreisentwicklungskonzept)

Sehr geehrte Damen und Herren,

den Kommunen wurden und werden seit Jahren die nötigen Finanzmittel nicht zur Verfügung gestellt. (Stichwort: Finanzausgleich)

Die Leistungen aus dem Finanzausgleich sind zu gering, da über Jahre der kommunale Finanzausgleich mit systemfremden Ausgaben befrachtet wurde.

Die finanzielle Lage der rheinland-pfälzischen Kommunen ist desolat !

So steht es im Kommunalbericht 2012 des Landesrechnungshofes.

Die Finanzlage der rlp Kommunen hat sich - auch im Ländervergleich – weiter verschlechtert.

Die kommunalen Liquiditätskredite liegen bei rund 5,8 Milliarden Euro !!

In ganz Deutschland betragen die Kassenkredite der Kommunen ca. 20 Milliarden Euro. Dies bedeutet, dass die rheinland-pfälzischen Kommunen mit ihren fünf Prozent Einwohnern in der Bundesrepublik 20 Prozent der Kassenkredite angehäuft haben.

Der Pro-Kopf Betrag dieser Schulden in Rheinland-Pfalz von 1444 Euro übertraf den Länderdurchschnitt um mehr als 160 %.

Das ist die Bilanz einer jahrelang extrem kommunalunfreundlichen Landespolitik zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine neue Tatsache gibt es bei den Haushaltsberatungen:

Die gerichtliche Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes vom 14. Februar 2012.

In einem bundesweit aufsehenerregenden bahnbrechenden Urteil hat der Verfassungsgerichtshof RLP festgestellt, dass das Land die Kommunen in Rheinland-Pfalz finanziell seit langem nicht aufgabenangemessen ausstattet.

Bis zum 1. Januar 2014 muss das Land den kommunalen Finanzausgleich neu regeln!

(Enquete Kommission Kommunale Finanzen tagt).

Vor dem Hintergrund der zu erwartenden Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleiches und der Tatsache, dass eine 2%ige Erhöhung des Umlagesatzes bei den kreisangehörigen Kommunen spürbare Mehrbelastungen bedeutet und wir unseren Fehlbetrag zum Vorjahr nur geringfügig verbessern, sollte gänzlich auf eine Umlagenerhöhung verzichtet werden.

Wir sollten als kommunale Familie geschlossen gegenüber dem Land auftreten und auf die Notwendigkeit der Verbesserung der Finanzausstattung hinwirken.

2008 haben wir erst die Umlage um 2 Prozent auf 40 Prozent angehoben. 2010 haben wir um 0,5 % erhöht und im Jahr 2011 erneut um 2% (damals wegen Entschuldungsfonds und Übernahme Schulen begründet).

Jetzt sollen es schon wieder 2 % betragen – damit würden wir nach aktuellen Berechnungen im oberen Drittel aller Landkreise liegen und deutlich über dem Landesdurchschnitt.

Wir müssen aber erkennen, dass diese vergangenen deutlichen Erhöhungen keine nachhaltige Effekte für die Verbesserung unserer Kreisfinanzen gebracht haben. Im Gegenteil, durch eine erneute Umlagenerhöhung belasten wir nur unsere Gemeinden und Städte, die ebenfalls schon mit finanziellen Problemen zu kämpfen haben.

Wir machen bei einer erneuten Umlagenerhöhung genau das was wir immer kritisieren - Wir verschieben die Dinge wieder nur innerhalb der kommunalen Familie!

Die Schwankungen der Kreisumlage können wir in diesem Haushalt sehr gut sehen, diesmal hat es einen Mehrwert gebracht, nächstes Jahr kann es schon wieder anders aussehen.

Der Vorsitzende der **Kreisgruppe Bürgermeister Franz Klöckner** hat völlig recht, wenn er davor warnt, dass die Belastungen zwischen der gemeindlichen und der Kreisebene durch eine Umlagenveränderung nochmals ungerechter verteilt würden.

Einem voraussichtlichen Defizit von 8,8 Millionen Euro steht ein Defizit der Gemeinden von über 25 Millionen Euro gegenüber.

„Bereits heute sind unsere Gemeinden und Städte schon nicht mehr in der Lage, ihre Aufgaben wie Kita, Straßen, Friedhof, Dorfgemeinschaftshäuser usw. zu erfüllen, ohne dass sie sich weiter verschulden würden,“ so Franz Klöckner richtigerweise Zitat ADD/Kommunalaufsicht:

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

von daher plädiert die CDU dafür keine Umlagenerhöhung zu beschließen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir wollen damit, ohne Schuldzuweisung in Richtung des Landrates, die uns verfassungsrechtlich zustehende angemessene Finanzausstattung durch das Land Rheinland-Pfalz anmahnen (Kommunaler Finanzausgleich).

Wir sagen aber auch, dass auch auf Bundesebene eine **Gemeindefinanzreform** stattfinden muss. Erste Schritte sind mit der Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter erfolgt.

Allerdings muss auch deutlich gesagt werden, dass obwohl in Rheinland-Pfalz dasselbe Bundesrecht umgesetzt wird wie in allen Bundesländern ist die Situation in unserem Bundesland extrem schlimm.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die CDU Fraktion wird daher dem Haushalt 2013 nicht zustimmen.

Sehr geehrter Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren, abschließend möchte ich mich noch recht herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und bei Herrn Menche und seiner Abteilung für die gute und umfassende Aufbereitung des Zahlenwerkes bedanken.

Das Fazit im Vorbericht bringt die Situation auf den Punkt:

Ohne strukturelle Veränderungen in der Finanzausstattung der Kommunen wird der Kreishaushalt jedoch auch auf längere Sicht noch unausgeglichen bleiben. Insofern bleibt abzuwarten welche weiteren Entlastungen die bis zum Jahr 2014 erfolgende Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs bringen wird.

Kollege Christoph Ferdinand spricht zu den Werken. Vielen Dank !



Redebeitrag CDU – Wirtschaftsplan Abfallwirtschaft 2013

Sehr geehrter Herr Landrat,

sehr geehrte Damen und Herren,

einen voraussichtlichen **Jahresgewinn** von rund **500.000 Euro** weist der **Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft für das Jahr 2013** aus. **Aufwendungen** in Höhe von **19 Millionen Euro** stehen **Erlöse** in Höhe von **19,5 Millionen Euro** gegenüber.

Dies ist zunächst einmal eine durchaus erfreuliche Nachricht – bedeutet sie doch, dass der Eigenbetrieb voraussichtlich im dritten Jahr hintereinander schwarze Zahlen schreiben wird. Dies war nicht immer so, wenn wir uns alleine an den hohen Jahresverlust im Jahr 2010 (- 2,8 Millionen Euro) erinnern.

Die erwarteten **Umsatzerlöse** liegen hierbei mit 18,01 Millionen nur unwesentlich unter dem Ansatz des Jahres 2012 (- 30.000 Euro).

Wegen der leicht rückläufigen Marktpreise vor allem im Bereich Altpapier kommt es im Zusammenhang mit der Auflösung von Rückstellungen zu einem Minus in Höhe von 150.000 Euro im Bereich der **sonstigen betrieblichen Erträge**.

Mit 19,05 Millionen Euro wird die Summe der **Aufwendungen** für das Jahr 2012 beziffert. Er liegt damit um 227.000 Euro oder 1,21 % über dem Ansatz des Vorjahres. Dies liegt zum Großteil daran, dass sich die **Abschreibung der Sachanlagen** von 2,8 Millionen Euro im Jahr 2012 auf nunmehr rd. 3,1 Millionen Euro im Jahr 2013 vergrößert hat, was einer Steigerung von mehr als 10 Prozent oder auch 295.000 Euro entspricht. Dies steht auch im Zusammenhang mit der Investition für die Errichtung einer dritten RTO und zwei Biofiltern sowie mit der Anschaffung mobiler Geräte sowie mit dem für das Jahr 2013 vorgesehenen Ankauf von Altpapiergefäßen- **Stichwort: blaue Tonne**.

Mit ca. 665.000 Euro wird bei den **Folgekosten** die Zuführung zu Rückstellungen veranschlagt. Die Finanzierung der Rückstellungen steht

im Zusammenhang mit der unter **Zinsaufwand** ausgewiesenen Aufzinsung BilMoG, welche mit 775.000 Euro um ungefähr 163.000 Euro höher liegt als im Planansatz 2012.

Dem gegenüber stehen Verbesserungen beim **Materialaufwand**, welcher mit 11,85 Millionen Euro eine Verbesserung von 294.000 Euro gegenüber dem Jahr 2012 vorsieht, was ca. 2,4 Prozent entspricht. Auch bei den **Betriebskosten** ist mit Verbesserungen zu rechnen, während die **Stromkosten** trotz geringeren Strombedarfs steigen werden – die Energiewende lässt grüßen.

Die beiden im Jahr 2012 zusätzlich ausgewiesenen Planstellen wurden im Jahr 2012 besetzt. Der **Personalaufwand** ist somit in 2013 ganzjährig zu berücksichtigen. Daraus ergeben sich gegenüber dem Jahr 2012 nur die kalkulierten Mehraufwendungen in Höhe von 90.000 Euro, welche auf Tarifierhöhungen zurück zu führen sind. Gegenüber dem Planergebnis 2011 sind es übrigens Mehraufwendungen von rund 160.000 Euro.

Dies alles führt im Vergleich zum Jahr 2012 dazu, dass der avisierte **Jahresgewinn für Jahr 2013 um ca. 400.000 Euro geringer** ausfallen wird als 2012, wo ja ein Jahresgewinn in Höhe von 909.000 Euro prognostiziert wurde, welcher im übrigen tatsächlich laut Hochrechnung im Zwischenbericht für Jahr 2012 noch rund 50.000 Euro günstiger ausfallen dürfte.

Der **Vermögensplan** für das Jahr 2013 weist sowohl auf der Ausgabenseite als auch auf der Einnahmeseite einen Gesamtbetrag in Höhe von 5,033 Tausend Euro aus.

Neben der für den Jahresbeginn 2013 vorgesehenen Beschaffung der blauen Abfallgefäße inkl. Chipausstattung für die Altpapiersammlung, welche mit 1,6 Millionen veranschlagt ~~sind~~^{ist}, fallen besonders die vorgesehenen **Ersatzinvestitionen** für die Anschaffung mobiler Geräte für den Betrieb (650.000 Euro) sowie die **Erneuerungsinvestitionen** im Bereich der Mechanisch- Biologischen Anlage (MBA), der Bioabfallbehandlungsanlage (BA) und der Regenerativ – thermischen

Oxidation (RTO) ins Gewicht. Mit den veranschlagten Investitionen werden notwendigerweise die Betriebsabläufe in den Behandlungsanlagen sichergestellt.

Die **Finanzierung** der im **Vermögensplan 2013** ausgewiesenen Investitionen wird ausschließlich **aus liquiden Mitteln** des Eigenbetriebes erfolgen. **Eine Darlehensaufnahme ist nicht vorgesehen.**

Sehr geehrte Damen und Herren,

soweit die nackten Zahlen für 2013 !!

Das Jahr 2013 verheißt, losgelöst vom Wirtschaftsplan 2013, spannend zu werden. Zum einen steht die 4. Fortschreibung des kommunalen Abfallwirtschaftskonzeptes des Rhein – Lahn – Kreises an. Mit dieser wird im Juni 2013 zu rechnen sein. Der Prozess wird durch interne und externe Arbeitsgruppen begleitet, bei welcher alle Fraktionen mitwirken.

Im Kontext damit ist die am 15. Oktober 2012 im Kreistag beschlossene Einführung von blauen Altpapiersammelbehältern zu sehen, welche die Werksleitung organisatorisch zusätzlich belasten wird. Hier wird ein höheres Altpapieraufkommen erwartet.

Benötigt der Rhein – Lahn – Kreis zukünftig eine Wertstofftonne? Auch diese Frage stellt sich!! Ich persönlich habe angesichts der Restabfall – Sortieranalyse aus diesem Jahr so meine eigenen Gedanken hierzu. Aber hier wird ja wohl im Frühjahr 2013 eine weitere Sortieranalyse durchgeführt werden, welche bei der Entscheidungsfindung hilfreich sein könnte.

Dies alles verheißt für 2013 nicht nur viel Arbeit sondern auch Spannung:

In welcher Form geht es zukünftig in Singhofen weiter !! Dies ist die zentrale Frage.

Desweiteren wird man sich, bei fortlaufend guter Gewinnentwicklung beim Eigenbetrieb Abfallwirtschaft ernsthaft mit dem Thema " Absenkung der Gebührentarife „ auseinander setzen müssen.

Sehr geehrter Herr Landrat,

sehr geehrte Damen und Herren,

1.

Die CDU – Fraktion wird dem Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes Rhein – Lahn – Kreis Abfallwirtschaft zustimmen.

2.

Gleichzeitig wird seitens der CDU – Fraktion dem Forstwirtschaftsplan 2013 für den Eigenbetrieb „ Rhein – Lahn – Kreis – Abfallwirtschaft „ zugestimmt.

Abschließend möchte ich mich namens der CDU – Fraktion bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit im nun ablaufenden Jahr 2012 bedanken. Wir wünschen allen Verwaltungsmitarbeitern ein gesegnetes, besinnliches Weihnachtsfest und ein ~~er~~ gutes neues Jahr 2013 und hier Allen in erster Linie Gesundheit!! Das ist das Wichtigste. **Danke für Ihre Aufmerksamkeit!!**

Haushalt 2013 – Bernd Hartmann – FWG-Kreistagsfraktion

Herr Landrat,

meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen des Kreistages,

sehr verehrte Damen und Herren,

ich habe vor heute eine kurze Haushaltsrede hier vorzutragen.

3 mal wurden die Zahlen nun schon gekaut und wiedergekaut und sie werden partout nicht besser. Und das Schlimme ist, an dem Haushalt der uns vom Landrat und vom Kämmerer vorgelegt wurde gibt es nichts herumzumäkeln. Weniger geht nicht mehr – zumindest wo wir mitreden können. Also brauche ich aus meiner Sicht über die Festsetzungen im Haushalt nicht zu reden, sie sind die geringst möglichen Ein- und Ausgaben um den Kreis gerade noch handlungsfähig zu halten. Ich hatte erst geschrieben „um den Kreis noch am Leben zu erhalten“. Aber das wäre falsch, der Kreis lebt doch schon lange nicht mehr, er vegetiert noch so dahin. Und selbst handlungsfähig ist doch in Frage zu stellen. Jede Privatfirma wäre bankrott und so geht es auch dem Kreis, wenn uns vom Land und Bund nicht geholfen wird, sind wir bankrott. Dann brauchen wir nicht nach Griechenland zu schauen, uns geht's auch nicht besser.

Und das Ganze funktioniert auch nur noch wenn wir die Umlage um 2% , wie vom Landrat vorgeschlagen, erhöhen.

Und das ist wohl heute der Knackpunkt. Erhöhen wir weiter die Schulden des Kreises oder erhöhen wir die Umlage und ziehen uns den Ärger der Bürgermeister sprich der Gemeinden im Kreis zu.

Die Entscheidung fällt schwer, -- ja sogar sehr schwer --- und ich kann Euch sagen, bei der FWG fällt die Entscheidung nicht einheitlich. Und für mich ist dies auch verständlich.

Was spricht dafür - was spricht dagegen.

Ganz allgemein dagegen spricht, dass wir mit den 2% den Kreis auch nicht mehr retten, ob nun 8,4 Mill Euro Fehlbetrag im Ergebnishaushalt oder 10,4 Mill. Euro Fehlbetrag die zwei Millionen retten den Kreis nicht mehr. Zumal der Kreis auch ohne Umlageerhöhung schon rund 3 Mill. € mehr von den Gemeinden erhält als im letzten Jahr. Dies spricht für die gute Finanzlage bei den Gemeinden. Durch die 2% Erhöhung kommen weitere 2 Mill. hinzu.

71,4 % des Haushaltes für Sozialleistungen, und die werden uns von Bund und Land vorgegeben und wir können so gut wie nichts daran ändern. Nur die notwendigen Gelder werden nicht geschickt, zumindest nicht in dem Umfang wie wir ihn den bräuchten.

Hinzu kommen 1,1 Mill. € mehr bei den Schulen und 1,66 Mill Euro mehr bei den Kindergärten. Und dies sind die Kosten die dafür sprechen, dass wir die Umlage um 2 % erhöhen. Denn die Kosten für die Schulen, die Grundschulen mal ausgenommen, sind von den Verbandsgemeinde auf den Kreis übergegangen. Und wir wollen ja für unsere Kinder immer bessere Schulen und Bildungsmöglichkeiten. Beispielhaft nenne ich hier nur die neue Fachoberstufe in Katzenelnbogen. Wir waren alle dafür und nun sollten wir auch dafür sein, dass wir sie bezahlen müssen. Schlimmer sieht's noch bei den Kindergärten aus. Zwanzig neue Gruppen wurden beantragt, zehn sind schon genehmigt. Mehr Personal wird benötigt. Kosten: 1,66 Mill.€ mehr für die

KIGA´s im kommenden Jahr. Und dies sind dann auch Kosten die unseren Kindern in den Gemeinden und Städten zu Gute kommen.

Und diese beiden Mehrbelastungen an den Schulen und Kindergärten machen schon die Umlageerhöhung von 2% aus sogar noch mehr. Und diese Kosten, die der Kreis für unserer Kinder in den Schulen und Kindergärten in den Gemeinden und Städten ausgibt sprechen für mich ganz klar dafür, dass wir de Umlageerhöhung zustimmen sollten.

Aber ich bin auch Bürgermeister einer Gemeinde und ich wüsste schon was ich mit dem Geld das ich mehr an den Kreis überweisen soll auch in meiner Gemeinde anfangen könnte. Und es geht nicht allen Gemeinden so gut wie meiner, die die Schulden haben müssen auch die Umlage an Kreis und Verbandsgemeinde aufbringen.

Da werde ich dann gefragt, wenn hier in manschen Gemeinden über 80 % des Einkommens für Umlagen draufgehen wie ist da noch der Handlungsspielraum der Gemeinden noch zu erhalten. Wo bleibt denn da die Eigenständigkeit der Gemeinden.

Also sie sehen, meine Damen und Herren, je nach Finanzsituation der Gemeinden sieht die Umlageerhöhung anders aus. Aber dass wir für unsere Kinder in Schulen und Kindergärten mehr haben wollen steht auch für die schlechter gestellten Gemeinden.

Ich sehe aber trotz Umlageerhöhung noch kein Licht am Horizont. Wieder sollen rund 8.4 Mill. Euro weitere Schulden beim Kreis hinzukommen.

Ich weiß nicht wie es weitergehen soll. Was sollen unsere Kinder denn sagen wenn sie später einmal diesen Schuldenberg übernehmen müssen.

Ich sage Euch meine Damen und Herren, wir hier in Deutschland sind nicht weit von Griechenland entfernt.

Wir bedanken uns bei Ihnen Herr Landrat bei unserem Kämmerer und seinen Leuten für den handwerklich sauber erstellten Haushalt und die uns dargelegten guten Erläuterungen.

Zum Forstwirtschaftsplan und zum Wirtschaftsplan der Werke wird die FWG ihre Zustimmung geben. Bei einem Jahresplus von über 400tausend Euro fällt diese Entscheidung leicht. Damit können wir das Minus aus dem vorletzten Jahr wohl ausgleichen und können hoffen, dass es im kommenden Jahr, bei gleich guten Voraussetzungen vielleicht zu einer Gebührensenkung reicht. Wir dürfen die Investitionen jedoch nicht aus den Augen verlieren. Etwas Sicherheit brauchen wir. Wie gesagt, die FWG wird dem Wirtschaftsplan und dem Forstwirtschaftsplan in der vorgelegten Form zustimmen.

Bei dem Haushaltplan und der Haushaltssatzung gibt es von der FWG keine einheitliche Zustimmung. Ich werde, aus den von mir vorgetragenen Gründen der Mehrkosten bei Schulen und Kindergärten, die ja unseren Kindern in den Gemeinden und Städten zu Gute kommt dem Haushalt zustimmen und auch die Mehrzahl meiner Fraktionskollegen schließt sich dieser Meinung an und wird zustimmen.

Vielen Dank meine sehr verehrten Damen und Herren.

Rede des Fraktionsvorsitzenden der Grünen Leo Neydek zum Kreishaushalt 2013
am 10.12.2012

Verehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren.

Für die geneigten Zuhörerinnen und Zuhörer werden die Reden zum Haushalt 2013, wie schon in den Jahren zuvor, Kommentierungen des Mangels sein. Sie werden feststellen, dass die Investitionsschlüsselzuweisungen des Landes seit Jahren vollständig in die Reduzierung des Jahresfehlbetrages fließen. Seit Jahren gelingt es nicht, die laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit durch entsprechende Erträge zu erwirtschaften, Aufwendungen, die zur mehr als zwei Dritteln zur Finanzierung der Pflichtaufgaben im Bereich der sozialen Sicherung anfallen.

Um nicht missverstanden zu werden, wir halten die Ausgaben in diesem Bereich im Wesentlichen für notwendig! Für uns Grüne bedeutet gute Sozialpolitik mehr als Steigerung von Transferleistungen oder Versorgung von Bedürftigkeit. Sozialpolitik schafft Möglichkeiten der Teilhabe am Leben und an den Chancen der Gesellschaft. Die Mehrheit der Menschen unsere Landes ist auf gute öffentliche Institutionen angewiesen, auf ein lückenloses Netz aus guten Kitas, Schulen, Beratungsstellen, öffentlichen Verkehrsmitteln, Jugend- und Kultureinrichtungen, eine leistungsfähige digitale Infrastruktur. Dies ist kein Luxus, den man sich in guten Zeiten leistet, sondern ein notwendige Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung der Gesellschaft und den Erhalt ihrer Zukunftsfähigkeit. Sozialpolitik ist insofern auch Wirtschaftspolitik. Doch eins muss klar sein, einerseits Steuern senken und gleichsam Schulden abbauen zu wollen, aber andererseits ein Gemeinwesen aufrechtzuerhalten, das gute Bildungschancen bietet, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet, jungen Menschen gute Startchancen und im Alter ein Leben in Würde bietet, muss auch finanziert werden. Wer die entsprechenden Gesetze beschließt, die den Kommunen die Erfüllung der Aufgaben übertragen, muss auch für eine angemessene Finanzausstattung sorgen, oder auf die Aufgabe verzichten.

Anrede

In diesem Zusammenhang will ich darauf hinweisen, dass die geplanten Änderungen durch das „Gesetz zum Abbau der kalten Progression“ den Kommunen ca. 30 Mio € kosten. Und wenn der Bund lieber Milliarden für das Betreuungsgeld ausgibt, dann fehlen diese Mittel für eine umfangreicheren Unterstützung des KiTA-Ausbaus. Dagegen ist die Einigung zwischen Bund, Länder und der Gemeindefinanzkommission bei der Novelle des SGB XII zu begrüßen. Die anteilige Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter durch den Bund führt im Haushaltsansatz 2013 zu einer Verbesserung von 1,55 Mio. €. Ab 2014 können wir die vollständige Übernahme der Nettoaufwendungen erwarten. Diese Verbesserung konnte vor allem auf Drängen der Länder im Rahmen des Fiskalpaktes, nicht zuletzt auch durch die Mitwirkung der rot-grünen Landesregierung, erreicht werden.

Weitere Entlastungen sind den Kommunen durch die Vereinbarungen bei der Umsetzung des Fiskalpaktes in Aussicht gestellt. Während es als sicher gelten kann, dass zusätzlichen Bundesmittel zum Ausbau der Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt und die Nettoausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zeitnah erstattet werden, bleibt es spannend im Hinblick auf das neue Bundesleistungsgesetz für behinderte Menschen oder die Höhe der so genannten Entflechtungsmittel zur Verbesserung des kommunalen Verkehrswesens ab 2014.

Mit Spannung erwarten wir auch die Ergebnisse der Enquetekommission des Landtages zur Reform des kommunalen Finanzausgleichs in Rheinland-Pfalz. Das rheinland-pfälzische Verfassungsgericht hat dazu entsprechende Zielvorgaben formuliert. Das rot-grüne Eckpunktepapier zur Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs liegt mir seit heute vor. Sicher wird das neue LFAG nicht die Defizite der Kommunen mit dem Zeitpunkt seines Inkrafttretens beseitigen können. Von einer spürbaren Entlastung bei den Soziallasten kann jedoch ausgegangen werden.

Besorgniserregend entwickeln sich die Ausgaben für die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen und die Hilfe zur Erziehung. Über 1,2 Mio. zusätzlich im kommenden Haushaltsjahr. Bei der Unterhaltung und Bewirtschaftung von Grundstücken und Gebäuden sowie der Schülerbeförderung noch einmal ein Plus von rund 1,5 Mio €, ebenfalls annähern um den gleichen Betrag steigen Personal- und Versorgungsaufwendungen.

Trotz der eben genannten zusätzlichen Bedarfe, auf die der Kreis keinen nennenswerten Einfluss hat, trägt er seinen Anteil an den Betriebskosten des Sport- und Freizeitbades in Diez und wird sich voraussichtlich auch darüber hinaus an den Sanierungskosten des Bades beteiligen. Darüber wird im Verlauf der Sitzung noch entschieden werden.

Anrede

"Millionen für Straßen und Schulen", lautete die Schlagzeile der RLZ in der Samstagsausgabe zum Haushalt 2013. Die Leserinnen und Leser konnten in diesem Artikel nachlesen, wie viel der Kreis in Schulen, Infrastruktur, Rettungswachen usw. im nächsten Jahr ausgeben will.

Ich will nicht verschweigen, dass wir zumindest eine Maßnahme im Straßenbauprogramm hinsichtlich des Umfangs und der zu erwartenden Kosten kritisch sehen, nämlich den Ausbau der Straße zwischen Frücht und Friedrichsseggen. Dennoch haben wir zugestimmt, weil das Programm überwiegend notwendige Investitionen in den Erhalt der Kreisstraßen festlegt.

Die Anstrengungen des Kreises im Rahmen der Schulstrukturreform, ein flächendeckend gutes Bildungsangebot bei sinkenden Schülerzahlen trotz anhaltend schwieriger Finanzlage aufrecht zu erhalten, will ich an dieser Stelle ausdrücklich würdigen. Ich erinnere an die Investitionen der vergangenen Jahre in den Ausbau der Schulgebäude, insbesondere der Schulzentren Diez und Lahnstein oder die Umsetzung des energetischen Sanierungskonzeptes, die bei den Aufwendungen in den Haushalt 2013 hineinwirkt.

Für die Entwicklung der Haushaltswirtschaft 2013 und der folgenden wird der Ausbau Betreuungsangebots in Kindertagesstätten, insbesondere der Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung, deutlich die Ausgaben mitbestimmen. Allein für 2013 ist mit einem Mehrbedarf von 743 T€ zu rechnen. Das Rheinland-Pfalz beim Ausbau der Kindertagesstätten im Vergleich mit anderen Bundesländern eine Spitzenposition einnimmt, ist angesichts des bestehenden Rechtsanspruchs erfreulich. Auch der

Rhein-Lahn-Kreis wird den zu erwartenden Platzbedarf im kommenden Jahr voraussichtlich erfüllen können. Allerdings ist zu erwarten, dass die Nachfrage nach Ganztagsbetreuung vermutlich steigen wird, was steigende Betriebskosten und Personalaufwendungen unweigerlich zur Folge haben wird.

Besorgniserregend entwickeln sich die Ausgaben für die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen und die Hilfe zur Erziehung. Über 1,2 Mio. zusätzlich im kommenden Haushaltsjahr. Bei der Unterhaltung und Bewirtschaftung von Grundstücken und Gebäuden sowie der Schülerbeförderung noch einmal ein Plus von rund 1,5 Mio €, ebenfalls annähernd um den gleichen Betrag steigen Personal- und Versorgungsaufwendungen.

Trotz der eben genannten zusätzlichen Bedarfe, auf die der Kreis keinen nennenswerten Einfluss hat, trägt er seinen Anteil an den Betriebskosten des Sport- und Freizeitbades in Diez und wird sich voraussichtlich auch darüber hinaus an den Sanierungskosten des Bades beteiligen. Darüber wird im Verlauf der Sitzung noch entschieden werden.

Anrede

Ich bin selbst auch Mitglied des Gemeinderates meiner Heimatgemeinde und kann deshalb die heftige Diskussion verstehen, die die erneute Anhebung der Kreisumlage um zwei Prozentpunkte, in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden ausgelöst hat. Ich kann auch verstehen, dass die Kreisumlage aus der Sicht der Gemeinden als eine Abgabe empfunden wird, die erneut angehoben wird. Doch ist sie nicht die Wegnahme von Eigenem, sondern der Anteil des Kreises an den Einnahmequellen, die von Kreisen und Gemeinden gemeinsam bewirtschaftet werden, für den Kreis zudem die einzige, wenn man von der Jagdsteuer absieht. Ohne die Anhebung des Hebesatzes würde der Jahresfehlbetrag des Kreises nicht bei 8,4 Mil. € sondern bei über 10 Mil. € liegen. Mit der Teilnahme am KEF-RP hat sich der Kreis gleichsam verpflichtet, in seiner Anstrengung um die Konsolidierung des Haushaltes nicht nachzulassen. Der Kreis muss sparen, darüber sind wir uns alle einig. Doch gleichzeitig erwartet man von ihm Leistungen im Bereich der Kinderbetreuung, ein wohnortnahes und gutes Angebot an weiterführenden Schulen, Investitionen in die

Infrastruktur oder Hilfe bei persönlichen Notlagen. Nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Verpflichtungen im Bereich der sozialen Sicherung, die der Kreis zu tragen hat, halten wir eine Anhebung der Kreisumlage für gerechtfertigt und notwendig. Wir stimmen dem Haushalt mit der vorgesehenen Erhöhung der Umlage deshalb zu.

Abschließend will ich der Verwaltung meine Anerkennung für den ausführlichen Vorbericht zum Haushalt aussprechen und mich für die Bereitschaft, uns für weitere Fragen jederzeit zur Verfügung zu stehen, bedanken. Ich will mich auch bei Herrn Landrat Kern für die gute Zusammenarbeit im letzten Jahr bedanken. Auch wenn wir nicht in allen Fragen immer einer Meinung waren, ja bei manchen Vorhaben gegensätzliche Auffassung vertreten, empfand ich Umgang miteinander als ausgesprochen fair.

Ich wünsch allen ein schöne Adventszeit, besinnliche Weihnachten und ein gutes neues Jahr.

Leo Neydek
Fraktionsvorsitzender
B90/DIE GRÜNEN im Kreistag des Rhein-Lahn-Kreises



z.Hd. Ulrich Lenz
Obertalstrasse 7
56368 Katzenelnbogen
Tel./Fax: 06486/6262
fraktion@linke-rhein-lahn.de
www.linke-rhein-lahn.de

Konto der Kreispartei:
Konto-Nr.: 552272502
BLZ.: 51050015

Rede zum Kreishaushalt 2013, Kreistagssitzung 10.12.2012

Sehr geehrter Herr Landrat Kern,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste,

meine Vorrednerinnen und Vorredner der anderen 5 Fraktionen haben schon viel zu dem Kreishaushalt 2013 und ihren – trotz zu erwartender Verbesserungen – erschreckenden Zahlen gesagt. Diese werde ich jetzt nicht wiederholen.

Der Haushalt 2013 des Rhein-Lahn-Kreises ist – wie schon die Vorherigen – ein reiner Verwaltungsakt. Die Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb des Kreishaushaltes gehen gegen Null. Wir, die Vertreterinnen und Vertreter der Menschen in unserem Kreis, sind nur noch zum bestätigen vorgegebener Maßnahmen da. Freiwillige Leistungen, die lebendige Demokratie auszeichnen, finden nur noch im Promillebereich statt.

Die uns auferlegte Zwangsjacke, auch Entschuldungsfond genannt, tut ihr übriges. Jede Gestaltungsmöglichkeit wird zu Nichte gemacht. Und dieser sogenannte Entschuldungsfond dient auch nur dazu, Kassenkredite bis 2009 zu tilgen. Danach entstandene – und entstehende – Schulden bleiben.

Die nun vorgesehene Erhöhung der Kreisumlage um 2% trägt nur dazu bei, dass die weitere Überschuldung des Kreises etwas abgefedert wird.

Zukunftsweisende Politik wird immer schwerer. Auch das sich jetzt mit unserer Zusammenarbeit in Entwicklung befindende neue Kreisentwicklungskonzept wird daran nicht viel ändern. Außer – und das wird einer der zentralen Punkte dieses Konzepts sein – dass in dieses Konzept Ideen zu einer Reform der Kommunal Finanzen einfließen. Und diese dann auf allen Ebenen unseres demokratischen Landes umgesetzt werden.

Ein „Weiter so“ mit einem hin und her schieben der finanziellen Probleme ist nur eine Vertagung dieser Probleme und keine Lösung.

Deswegen greift der Angriff des Herrn Lammert in Richtung Landesregierung zwecks Unterstützung viel zu kurz.

Deswegen ist auch der heute noch zu behandelnde Antrag von Frau Becker - gemessen an der momentanen Rechtslage - unterstützenswert, aber auch keine Lösung des Problems.

Deswegen kann ich den Brief des Herrn Klöckner und seiner Bürgermeisterkollegen aus der VG Diez nicht unterstützen, die eine Anhebung der Kreisumlage ablehnen. Gleichzeitig plant er - so stand es zumindest heute in der Rhein-Lahn-Zeitung - die Absenkung der Gemeindeumlage.

Deswegen ist es auch nicht zukunftsorientiert, dass Nastätten die VG-Umlage um 2% senkt.

Die schon am Samstag in der Rhein-Lahn-Zeitung veröffentlichten Kommentierungen der anderen Kreistagsfraktionen zum Haushalt hatten alle als Grundtenor, dass sich etwas ändern muss.

Wir Linken wurden leider nicht gefragt, vielleicht hatten die Zeitungsmacher Angst, unsere dann geäußerten Vorstellungen abdrucken zu müssen.

Noch einmal, zur Wiederholung, ein Ausschnitt aus meinen Reden der letzten 2 Jahre:

„Wir von den Linken sehen die Hauptursache in der seit Jahren fehlgeleiteten Politik auf Landes- und Bundesebene: Es wird Zeit, sich auf allen politischen Ebenen Gedanken über einen anderen, gerechteren Abgaben- und Verteilungs-schlüssel zu machen.“

Und - was geschah? Nichts!

Das Urteil des Oberlandesgerichtes zum kommunalen Finanzausgleich wird erst in den Folgejahren zur Umsetzung kommen. Ob dadurch eine Verbesserung der Kreisfinanzen erreicht wird? Dies zu behaupten wäre Hellseherei.

Der Grundsatz „wer bestellt muss auch bezahlen“ findet immer noch nicht statt.

Keinerlei gravierende Veränderungen zu Gunsten der Mehrheit der Menschen in unserem Land.

Vermögen wird weiter von unten nach oben verteilt.

Unsere über Jahrzehnte gewachsenen sozialen Strukturen fallen immer mehr den privaten Steuer- und Abgabe- Wünschen einer kleinen Minderheit von Milliardären und Multimillionären zum Opfer.

Nur zur Erinnerung: 1% der Deutschen besitzen über 50% des Volksvermögens.

Gleichzeitig bekommen über eine Millionen Menschen trotz Arbeit zur Sicherung ihres Lebensunterhalts Hartz IV.

Ein Mindestlohn würde hier den Arbeitenden helfen und außerdem zu einer staatlichen Konsolidierung durch erhöhte Einnahmen bei gleichzeitig geringeren Ausgaben führen.

Dies hat zwar nur indirekt mit den Aufgaben des Rhein-Lahn-Kreises zu tun – die Folgen bekommen wir jedoch alle zu spüren.

Auch in unserem nicht ausgeglichenen Kreishaushalt.

Wir, die Volksvertreter, sind von Menschen gewählt. Und deswegen erwarten sie zu Recht eine soziale und gerechte Vertretung ihrer Belange.

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, wir von den Linken haben uns letztes Jahr wegen des Entschuldungsfonds unserer Stimme enthalten. Dieses Jahr werden wir - trotz großer Bedenken - dem Haushalt und der Haushaltssatzung zustimmen.

Wir wünschen uns für die folgenden Jahre, dass soziale Belange, die der Kreis beeinflussen kann, zum Wohle der Betroffenen entschieden werden. Und nicht dem von „oben“ verordnetem, Menschen verachtendem Spardenken zum Opfer fallen.

Menschen sind Menschen - und keine Kostenfaktoren.
Sie dürfen keine Opfer des Sparwahns werden.

Ich möchte mich noch im Namen unserer Fraktion bei unserem Kreis-Kämmerer Herrn Menche sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den gut vorbereiteten Haushaltsentwurf bedanken.

Auch wenn er leider nur eine Momentaufnahme des herrschenden Notstands ist und eine reine Mangelverwaltung darstellt.

Ich danke ihnen im Namen unserer Fraktion DIE LINKE Rhein-Lahn für ihre Aufmerksamkeit.

Fraktion *DIE LINKE*
im Kreistag Rhein-Lahn



(Fraktionsvorsitzender)



z.Hd. Ulrich Lenz
Obertalstrasse 7
56368 Katzenelnbogen
Tel./Fax: 06486/6262
fraktion@linke-rhein-lahn.de
www.linke-rhein-lahn.de

Konto der Kreispartei:
Konto-Nr.: 552272502
BLZ.: 51050015

Rede zum Wirtschaftsplan Forsteinrichtungswerk und zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Rhein-Lahn Abfallwirtschaft 2013, Kreistagssitzung 10.12.2012

Sehr geehrter Herr Landrat Kern,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste,

Wie Sie von meinen Vorrednern schon gehört haben, sehen wir die kommende Entwicklung durchaus optimistisch bis 2016. Dann laufen einige Verträge aus, die erneuert werden müssen. Der planmäßige Jahresgewinn für 2013 wird voraussichtlich ca. 500 T€ betragen.

Die Umsatzerlöse, Deckungsbeiträge und die sonstigen betrieblich Erträge werden 2013 um ca. 200 T€ niedriger liegen. Dem gegenüber stehen nur geringe Verbesserungen wie die geplanten Mehreinnahmen durch die Bereitstellung von größeren Sammelbehältern um 40 T€. Aber ich möchte nicht alle Zahlen wiederholen, die Sie von meinen Vorrednern schon gehört haben.

Das neue AW Konzept das derzeit erstellt wird, kann einige Neuerungen bringen, die zu Mehreinnahmen und eine höheren Service führen können. Die Zusammenarbeit der einzelnen Fraktionen und der Verwaltung mit den zuständigen Ingenieuren gestaltet sich dabei sehr interessant und konstruktiv.

Wenn sich dort neue Potenziale für uns auftun, so müssen wir uns natürlich die Frage stellen - ob wir als Öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger uns auch nachhaltig die „neuen“ Einnahmequellen sichern möchten. Dies geht nach Meinung unserer Fraktion nur dann - und ich denke, da sind wir mit vielen einer Meinung - wenn es in kommunaler Hand bleibt. Denn Gewinne können und müssen - gerade in Anbetracht unserer desolaten Kassenlage - von uns erfasst werden.

Es gab aber auch in diesem Jahr bereits einige richtungsweisende Entscheidungen die sich positiv auf die Haushaltslage auswirken werden.

So wird u.a. durch die Einführung der Altpapiertonne, die Beitragsstabilität der

Haushalte im Rhein-Lahn Kreis auch zukünftig gewährleistet bleiben.

Manches hat uns aber auch zu denken gegeben. So ist es bisher bei Ausschreibungen so, dass hauptsächlich der Preis entscheidet. Wie ein Preis gebildet wird – das sollte jedem von Ihnen bekannt sein. Bei manchen Gewerken, wie Sie alle wissen, ist der Faktor Arbeitslohn einer der größten.

So kam es in der Vergangenheit dazu, dass die Arbeitslöhne aufgrund Bestandsschutzes in Firma A höher waren – als in Firma B. Firma B bekam den Zuschlag. Die MA sind teilweise die gleichen. Aber mit einem geringeren Lohn.

Dies ist weder sozial – noch ist es mit christlichen Werten vereinbar.

Das sollte uns ein mahnendes Beispiel dafür sein, dass nicht nur der Preis allein - trotz unserer klammen Haushaltslage - bei Ausschreibungen betrachtet werden darf.

Die Zeche zahlen letztendlich die Arbeitnehmer und kleinen Angestellten..

Daher werden wir uns weiter für eine Rekommunalisierung vorhandener Gewerke einsetzen.

Im Namen unserer Fraktion DIE LINKE Rhein-Lahn möchte ich der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit in diesem Jahr danken.

Wir werden dem Wirtschaftsplan für das Forsteinrichtungswerk sowie dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft zustimmen.

Ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit.

Fraktion *DIE LINKE*
im Kreistag Rhein-Lahn

B. Eng. David Schneider
stellv. Fraktionsvorsitzender